nimmt." Dem Expräsidenten fiel besonders auf, daß der Kaiser ein so flüssiges und reines Englisch spricht, wie er es auf dem Kontinent bisher noch nicht gehört habe.

— Berlin, 13. Mai. Ueber die Abreise Roosevelts sind heute endgültige Bestimmungen getroffen worden. Hiernach fährt Roosevelt am 1. Pfingstfeiertag vormittags 3/4 12 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße über Vlissingen nach London ab, wo er am Montag vormittag eintrifft.

— Straßburg (Elsaß), 13. Mai. Die Ausweisung, welche die Regierung vor sechs Monaten gegen den Agenten Wegelin in Mülhausen wegen deutschfeindlichen Kundgebungen im dortigen Zentralhotel ausgesprochen hatte, ist soeben, laut Mitteilung des Bezirkspräsidiums zu Kolmar, vom 15. Mai ab aufgehoben. Die Angelegenheit hat außerhalb des Landes viel Aufsehen und Besprechungen erregt.

— Cuxhaven, 13. Mai. Ueber den Hergang bei dem Unglück auf dem Minenboot „S 33" wird noch bekannt: Gestern abend halb 7 Uhr sollten auf Schillgrede große Sprengübungen gemacht werden. Beim Transport der Sprengpatronen erfolgte im Zwischendeck aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache die Explosion. Die unter der Aufsicht eines Maschinistenmaaten und eines Bootsmannsmaates anwesenden fünf Mann der Besatzung, die den Patronen zunächst standen, wurden sofort getötet. Der Maschinistenmaat Schmidt ist so schwer verletzt worden, daß er sofort mittels eines anderen Torpedobootes nach Wilhelmshaven gebracht wurde, wo er heute früh gestorben sein soll. Der Bootmannsmaat Nennstill, der mit nach Cuxhaven genommen wurde, hat nur leichtere Verletzungen davongetragen. Die übrigen auf Deck befindlichen 10 Mann der Besatzung sind unversehrt davongekommen. Das Minensuchboot ist durch die Explosion in seinem inneren Rahmen schwer beschädigt worden und wurde sofort außer Dienst gestellt.

— Cuxhaven, 13. Mai. Das Hochseetorpedoboot „S 142", Kommandant Prinz Adalbert von Preußen, berührte heute nacht in der Elbmündung gelegentlich eines Ausweichmanövers leicht das Boot „S 140". Der Bug von „S 142" ist auf zwei Meter Länge etwas eingedrückt und wenig verbogen. Das Boot ist zu kurzer Reparatur nach Kiel abgegangen. Die Kosten der Wiederherstellung sind gering. Von der Besatzung ist niemand verletzt. „S 140" blieb unbeschädigt. Der Prinz befand sich zur Zeit des Zusammenstoßes nicht an Bord des Bootes.

Rußland.

— Petersburg, 13. Mai. In Kronstadt ist der Unteringenieur Biskajew der Kaiseryacht „Standart" dem Kriegsgericht überantwortet worden. Er hat die Kesselpumpen auf der Kaiseryacht während der letzten Nacht durchzufeilen versucht, so daß heute eine Explosion hätte stattfinden können. Es ist unbekannt, ob er von der Absicht eines Attentates oder der Rache gegen einen Vorgesetzten geleitet wurde. Biskajew stand vor seiner Entlassung. Der Vorfall wurde ursprünglich streng geheim gehalten.

Frankreich.

— Der Rücktritt des Kriegsministers. Der „Matin" teilt in Bestätigung früherer Nachrichten mit, daß der Rücktritt des Kriegsministers General Brun bestimmt zu erwarten sei und zwar noch vor dem 1. Juni, dem Zusammentritt des Parlaments.

Türkei.

— Der Albanesenaufstand. Scheveket Torgut Pascha hat nach Konstantinopel gemeldet, daß der Hauptwiderstand der Albanesen so gut wie gebrochen sei. Er verfolge jetzt mit fliegenden Kolonnen die zersprengten Horden und räume gründlich mit ihnen auf. Issa Boletinatz und Hassan Hussein haben ihre Streitkräfte getrennt und suchen angeblich in das Hochgebirge zu entkommen.

Amerika.

— Washington, 13. Mai. Die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten wird im Laufe des Herbstes heurigen Jahres die Mittelmeerhäfen anlaufen.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 14. Mai. Pfingsten, das liebliche Fest ist wieder da und damit das Ziel ausflugslustiger Menschen! Lieblich nennts der Dichter und wie es scheint wird es seinem guten Ruf in Bezug auf das Wetter keine Schande machen. Aber selbst für den Fall, daß die vielen geplanten Ausflüge „zu Wasser" werden, braucht niemand Langeweile zu befürchten, denn ein abwechslungsreiches Programm haben die verschiedenen Vereine und Gastwirte aufgestellt. So wird u. a. am 1. Feiertag früh 6 Uhr auf dem Biel ein Konzert stattfinden und am Abend wird sich der Turnverein „Frisch auf" mit einer vielversprechenden Abendunterhaltung hervortun, zu dem wir dem rührigen Verein in Anerkennung seiner Bemühungen ein volles Haus wünschen. Auf all die anderen in Aussicht gestellten Veranstaltungen näher einzugehen, würde zu weit führen, wir verweisen hingegen unsere Leser auf den Inseratenteil vorliegender Nummer, in dem wohl einem jeden Geschmack Rechnung getragen sein dürfte. Im übrigen wünschen wir unsern geschätzten Abonnenten ein recht frohes Fest!

— Schönheide, 13. Mai. Wegen Baufälligkeit unseres Pfarrhauses ist Herrn Pfarrer Wolf von der Königl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg die Mitteilung geworden, daß dasselbe innerhalb 14 Tagen zu räumen sei. Es wird daher unserer Parochie wohl nichts weiter übrig bleiben, als mit der Erbauung einer neuen Pfarre recht bald zu beginnen.

— Dresden, 13. Mai. Heute mittag in der 12. Stunde ist auf dem Güterbahnhof in Dresden-Neustadt der Wagenrücker Paul Ebert beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Wagen gekommen, überfahren und getötet worden.

— Grimma, 12. Mai. Gestern Mittwoch brach in der Kinderbewahranstalt in Podelwitz ein Brand aus, durch den das Gebäude vollständig zerstört worden ist. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt.

———

Sächsischer Landtag.

Dresden, 12. Mai. Erste Kammer. Das Haus tritt zunächst bei der Beratung über Kap. 79 Tit. 26 des ordentlichen Etats, Straßenbauten betr., nach dem vom Prinzen Johann Georg erstatteten Berichte den Beschlüssen der Zweiten Kammer bei. Es folgt die Schlußberatung über das Kgl. Dekret betr. Abänderungen der Berggesetzgebung. Der Berichterstatter Rittergutsbesitzer von Trebra-Lindenau, beantragt namens der Deputation, daß das Haus hinsichtlich der Differenzpunkte mit der Zweiten Kammer im großen und ganzen den Beschlüssen der Zweiten Kammer beitrete, jedoch hinsichtlich der Einführung von Sicherheitsmännern in Uebereinstimmung mit der Regierung auf seinem früheren Beschlusse stehen bleibe. Ministerialdirektor Dr. Wahle legte nochmals die Gründe der ablehnenden Haltung der Regierung in diesem Punkte dar. Es könnten selbstverständlich nur die Teile der Berggesetzgebung in Kraft treten, über die eine Einigung zwischen beiden Kammern erzielt worden sei. Das Haus tritt hierauf den Anträgen der Deputation einstimmig bei. Auch bezüglich der Fortführung der elektrischen Straßenbahn Dresden-Mickten-Kötzschenbroda nach Zitschewig tritt das Haus den Beschlüssen der Zweiten Kammer bei. Es folgt die nochmalige Beratung des Gesetzentwurfes über das höhere Mädchenbildungswesen. Die Deputation beantragt durch den Berichterstatter Rittergutsbesitzer Dr. v. Hübel, in 5 Punkten den Beschlüssen der Zweiten Kammer beizutreten, jedoch auf dem Beschlusse stehen zu bleiben, daß die Leitung höherer Mädchenschulen Männern unterstehen solle. Das Haus tritt dem Deputiertenantrage bei. Es folgt die Beratung über Kap. 16 des ordentlichen Etats, Etat der Staatsbahnen betr. Der Berichterstatter Geheimrat Dr. Mehnert weist darauf hin, daß die Beratung dieser Kapitel von Jahr zu Jahr mehr hinausgeschoben werde. Der Ersten Kammer werde es dadurch nahezu unmöglich, in spezielle Einzelheiten einzugehen. Es sei dringend wünschenswert, diese Verzögerung für die Zukunft zu vermeiden. Es empfehle sich daher, daß das Finanzministerium bei Beginn des Landtages den Kammern einen kurzen Verwaltungsbericht über die Betriebsergebnisse bei den Staatsbahnen von sich aus vorlege. Das würde wesentlich zur Vereinfachung und Beschleunigung beitragen. In den Verhandlungen der Deputation sei auch die Frage der Entlassung der 13 Werkstättenarbeiter gestreift worden. Die Deputation habe dabei den Standpunkt der Regierung gebilligt. Es sei dankenswert, daß die Regierung Bestrebungen von den Arbeitern fernhalte, die die Ordnung des gesamten Eisenbahnbetriebes untergraben müßten. Auf eine Anregung des Oberbürgermeisters Dr. Sturm erklärt Ministerialdirektor Geheimrat v. Seydewitz, daß eine direkte Bahnverbindung in das böhmische Kohlengebiet für die Chemnitzer Industrie nicht erforderlich sei. Staatsminister Dr. v. Rüger dankt dem Berichterstatter für seine Ausführungen über die Entwicklung der Eisenbahn, woraus er ersehe, daß er auf dem rechten Wege sei. Dankbar sei er auch für die Anregung, daß er seine Erfahrungen in einem Verwaltungsberichte niederlegen solle. Er habe diesen Wunsch schon lange selbst dringend empfunden. Es mangelte jedoch selbst bei zweijährigen Finanzperioden dazu an Zeit. Er werde jedoch gern eine Denkschrift ausarbeiten, die für die Zukunft manche Erörterung ersparen würde. Das Kapitel wird darauf antragsgemäß angenommen. Weiter steht zur Beratung der Antrag Niethammer und Genossen betr. die Vereinfachung der Verwaltung der sächs. Staatsbahnen durch Verminderung der Instanzen und Erhöhung der Verantwortung. Ohne Debatte beschließt das Haus, den Beschlüssen der Zweiten Kammer beizutreten. Das Gleiche geschieht mit den Petitionen um Errichtung bezw. Wiedererrichtung von Amtsgerichten. Eine große Anzahl von Petitionen wird ferner antragsgemäß erledigt. Schließlich genehmigte das Haus die mittels Dekrets vorgelegte Ergänzung des Entwurfs des Staatshaushaltsetats für 1910/11 und tritt den Beschlüssen der Zweiten Kammer zu dem Antrage des Abg. Bliener und Genossen betr. die Erhöhung des Fonds zur Gewährung von Darlehen an gewerbliche Genossenschaften usw. bei. Die Einstellungen bei Titel 23 des Kapitels 92 des ordentlichen Etats, technische Hochschule in Dresden betr. werden genehmigt. Nächste Sitzung heute abend 6 1/2 Uhr.

Die Zweite Kammer beriet heute über Petitionen und Anregungen über Personal- und Besoldungsangelegenheiten. Der Berichterstatter der Finanzdeputation A beantragt die vorliegenden Petitionen der Regierung teils zur Kenntnisnahme zu überweisen, teils auf sich beruhen zu lassen, teils für unzulässig zu erklären. Finanzminister Dr. v. Rüger erklärt, soweit die Petitionen auf Gehaltserhöhungen gerichtet sind, kommen 13000 Beamte in Betracht, also mehr als ein Drittel der Beamtenschaft. Wollte man alle diese Wünsche berücksichtigen, so würde das einen jährlichen Mehraufwand von 4 Millionen verursachen. Dieser Mehraufwand würde sich auf das Doppelte jährlich steigern, wenn man den Zuwachs an Pensionen usw. hinzurechnet. Wieviel die Stellenvermehrung und die Umwandlung von Stellen kosten würde, läßt sich noch gar nicht sagen, jedenfalls auch mehrere Millionen. Man wird zugeben müssen, daß diese Petitionen vom allgemeinen staatlichen Interesse aus mit größter Vorsicht behandelt werden müssen. Die vom vorigen Landtage beschlossene neue Besoldungsordnung ist im Ganzen wie im Einzelnen wohlgelungen. Wenn einzelne Kategorien von Beamten durch sie nicht befriedigt sind, so kann die Regierung nur nachdrücklich hervorheben, daß es sich nicht um versehentlich untergelaufene Fehler und Mängel, sondern um gestellte Unterschiede handle. Wollte man den Prozeß der Abwägung und des Ausgleichs von neuem beginnen, so wäre ein Schluß nicht abzusehen. Jede Veränderung würde eine neue nach sich ziehen und das gesamte mühsame Werk, das ein geschlossenes Ganzes bildet, in Gefahr bringen. Es wäre angebracht gewesen, über sämtliche Petitionen einfach zur Tagesordnung überzugehen. Wenn sich die Regierung gleichwohl an den Beratungen beteiligt und sich damit einverstanden erklärt hat, daß ihr einige Petitionen zur Kenntnisnahme überwiesen werden, so will sie damit nicht die Mangelhaftigkeit der bestehenden Besoldungsordnung anerkennen. Sie betrachte vielmehr diese Petitionen und die darüber gepflogenen Beratungen als Material, das einer eingehenden Prüfung in der Richtung bedarf, ob sich eine Befriedigung der Wünsche ohne weittragende Konsequenzen ermöglichen läßt. Was die von den Eisenbahnarbeitern erbetenen Lohnerhöhungen anbetrifft, so sind zur Aufbesserung des Arbeiterpersonals vom 1. April d. J. ab rund 1 1/2 Millionen Mark gemeinjährig mehr eingestellt worden. Die Regierung kann nicht zugeben, daß diese Summe ungenügend ist. Für die Begründung neuer und in Umwandlung stehender Stellen sind nur die Forderungen und Bedürfnisse des Dienstes maßgebend, und die Regierung wird, soweit es nötig ist, die erforderlichen Vorschläge später unterbreiten. Der Minister schließt: Ich bitte Sie, die Anträge Ihrer Deputation zum Beschluß zu erheben und bei Ihrer Rückkehr in die Heimat kraft des Einflusses, den Sie genießen, aufklärend dahin wirken zu wollen, daß in unserer Beamtenschaft endlich allgemein die Beruhigung Platz greife, die zur ersprießlichen Erledigung der Staatsgeschäfte unbedingt notwendig ist. Abg. Fleißner verliest eine Erklärung, nach der die sozialdemokratische Fraktion gegen den Antrag, die Petition des Transportarbeiterverbandes für unzulässig zu erklären, Protest einlegt. Seine Partei werde gegen einen Teil der Anträge stimmen. Abg. Günther (fortschr. Vp.) erklärt, daß auch seine Partei gegen einige Anträge stimmen werde. Die Abgg. Hettner (natl.) und Schanz (kons.) erklären namens ihrer Fraktionen, für die Anträge der Finanzdeputation stimmen zu wollen. Die Anträge werden darauf teils einstimmig, teils mit 47 gegen 32 Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, denen sich die Abgg. Langhammer und Merkel (natl.) zugesellen, angenommen. Das Haus nimmt darauf eine Anzahl Gesetzentwürfe und Anträge in nochmalige Beratung, bei denen beide Kammern abweichende Beschlüsse gefaßt haben. Zu dem Gesetzentwurfe über die Landesbrandversicherungsanstalt beschließt das Haus, von seinem früheren Beschlusse abzugehen und allenthalben den Beschlüssen der Ersten Kammer beizutreten. Dasselbe geschieht bei dem Gesetzentwurf über die Gemeindeverbände und bei dem Gesetz betr. die Verjährung direkter Steuern und verwandter Leistungen. Dagegen bleibt das Haus auf seinem abweichenden Beschlusse zu dem Antrage Günther betr. die Reform des Forst- und Feldstrafgesetzes bestehen. Hinsichtlich des Antrages Brodauf betr. die Ruhe an Sonn- und Feiertagen und die geschlossenen Zeiten tritt die Zweite Kammer den Beschlüssen der Ersten Kammer bis auf einen Punkt bei. Die Erste Kammer hatte beschlossen, daß die geschlossene Zeit an Sonn- und Festtagen um 2 Uhr morgens beginnen solle. Die Zweite Kammer hält an ihrem Beschlusse fest, daß die Ruhezeit erst um 6 Uhr früh beginnt. Es ist somit in diesem Punkte keine Einigung erzielt. Es folgt die Schlußberatung über den Antrag Richter und Gen. (soz.) betr. das Koalitionsrecht der in den Staatsbetrieben beschäftigten Beamten und Arbeiter, sowie über den Antrag Bär und Gen. (freis.) betr. die Errichtung von Beamten- und Arbeiterausschüssen für alle Staatsbetriebe. Hierzu liegt eine Reihe von Anträgen vor. Die Deputation ist geteilter Ansicht. Die Mehrheit der Deputation beantragt, die Regierung zu ersuchen, die Einrichtung von Beamtenausschüssen bei der Revision des Zivilstaatsdienergesetzes vorzusehen. Dieser Antrag wird mit 34 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Mehrheit der Deputation beantragt ferner hierzu, die Regierung zu ersuchen, aus den Dienst- und Arbeiterverträgen für die in den Betrieben des sächsischen Staates beschäftigten Arbeiter alle Bestimmungen, die das Arbeitsverhältnis von der politischen Gesinnung abhängig machen, zu entfernen, sowie endlich die Ausübung des Koalitionsrechtes sowie aller übrigen Staatsbürgerrechte den in Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen. Auch diese beiden Anträge werden einstimmig angenommen. Dagegen wird der Schlußsatz des Deputationsantrages: „für die im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Personen bleiben die seitherigen Bestimmungen bestehen, mit 40 gegen 28 Stimmen angenommen. Ferner wird beschlossen, die bestehenden Vorschriften über die Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben nach gewissen Grundsätzen abzuändern. Weiter wird mit 43 gegen 20 Stimmen beschlossen, die Regierung zu ersuchen, für Betriebe und Personalgruppen, für welche Arbeiterausschüsse zur Zeit nicht bestehen, solche im Verordnungswege einzuführen. Sämtliche Anträge der Deputationsminderheit werden abgelehnt. Schließlich beschließt die Kammer, die Petition des Alten Tierschutzvereins zu Dresden betr. Verwendung von lebendem Wild bei Hetzjagden in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer auf sich beruhen zu lassen. Nächste Sitzung heute abend 6 1/2 Uhr.

Vermischte Nachrichten.

— Verhafteter Offizier. Unter dem Verdacht, sich an schulpflichtigen Mädchen vergangen zu haben, ist in Spandau ein Offizier der Infanterie-Schießschule, Oberleutnant v. P. in Haft genommen worden; nach seiner Festnahme wurde er zur Beobachtung seines Geisteszustandes dem Garnisonslazarett zugeführt.

— Unwetter und Sturm. Aus allen Teilen Europas und auch aus dem fernsten Osten Asiens, aus Japan, laufen unausgesetzt Drahtmeldungen über schwere Unwetter, Stürme und Temperaturstürze ein. So wird gemeldet: Paris, 13. Mai. Im Süden Frankreichs herrscht seit einigen Tagen eine starke Kälte, außerdem fallen in ver-